ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Godehardt, Nadine; Sakaki, Alexandra; Wagner, Christian

Research Report

Krise in der Ukraine: Kaum Reaktionen in Asien. Nationale Interessen gegenüber Russland haben Vorrang für China, Indien und Japan

SWP-Aktuell, No. 33/2014

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Godehardt, Nadine; Sakaki, Alexandra; Wagner, Christian (2014) : Krise in der Ukraine: Kaum Reaktionen in Asien. Nationale Interessen gegenüber Russland haben Vorrang für China, Indien und Japan, SWP-Aktuell, No. 33/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/255203

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Krise in der Ukraine – kaum Reaktionen in Asien

Nationale Interessen gegenüber Russland haben Vorrang für China, Indien und Japan

Nadine Godehardt / Alexandra Sakaki / Christian Wagner

Die russische Machtdemonstration gegenüber der Ukraine hat die europäische Landkarte politisch nachhaltig verändert. Doch anders als in den westlichen Staaten hat die Annexion der Krim kaum Reaktionen unter den asiatischen Großmächten China, Indien und Japan hervorgerufen. Territorialkonflikte und militärische Drohgebärden gehören zum sicherheitspolitischen Alltag der Region. Deshalb erstaunt es nicht, dass die drei Länder statt völkerrechtlichen Grundsatzfragen ihren jeweiligen nationalen Interessen im Verhältnis zu Russland Vorrang einräumen.

Seit Wochen beschäftigen die Annexion der Krim und die pro-russischen separatistischen Aktivitäten in der Ostukraine die Politik in Deutschland, der EU und den USA. Für die asiatischen Großmächte, die wichtige Partner sowohl für Europa und die USA als auch für Russland sind, bedeutet die Ukraine-Krise ein Dilemma.

Erstens verletzt Russlands Vorgehen in der Ukraine völkerrechtliche Prinzipen, die für alle drei Staaten von zentraler außenpolitischer Bedeutung sind, nämlich territoriale Integrität, nationale Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Putin hat mit seiner Politik ein Exempel statuiert, das auch Auswirkungen auf andere Territorialkonflikte haben könnte. In China etwa wurde die Abhaltung des Referendums auf der Krim sehr argwöhnisch betrachtet, denn es könnte die Taiwaner veranlassen, dem Beispiel der Krim zu folgen. Das amerikanische Zögern, die vertraglich zugesicherte Unabhängigkeit und politische Integrität der Ukraine durchzusetzen, hat zudem Besorgnis bei den Bündnispartnern der USA in Asien ausgelöst, allen voran in Japan.

Zweitens verbinden alle drei Staaten nationale Interessen mit Russland. Chinas Beziehungen zu Russland befinden sich gegenwärtig auf einem neuen Höhepunkt. So hat sich die militärische wie wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Staaten in den letzten Jahren intensiviert. Außerdem deutet sich an, dass bei Putins China-Besuch Mitte Mai der seit Jahren auf Eis liegende Vertrag über Russlands Erdgaslieferungen an China unterzeichnet werden soll. Für Indien ist Russland besonders wichtig, da es ständiges Mitglied im Sicher-

Dr. Nadine Godehardt ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Asien
Dr. Alexandra Sakaki, Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Asien, ist Senior Fellow der Robert Bosch Stiftung zum Thema »Japan im internationalen System«
Dr. habil. Christian Wagner ist Leiter der Forschungsgruppe Asien

heitsrat der Vereinten Nationen (VN) sowie großer Rüstungs- und Energielieferant ist. Japans Beziehungen zu Russland wiederum haben sich in der Amtszeit von Premierminister Abe seit Dezember 2012 deutlich verbessert. Zum einen hat Japan großes Interesse an russischen Erdöl- und Erdgasimporten. Zum anderen haben Abe und Putin bei ihren zahlreichen Treffen im Jahr 2013 die Bereitschaft gezeigt, bestehende Territorialkonflikte beizulegen und siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs endlich einen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

In ihren bisherigen Reaktionen auf die Ukraine-Krise haben die drei Staaten ihren nationalen Interessen Vorrang eingeräumt. Damit verhinderten sie eine nachdrücklichere internationale Verurteilung der russischen Politik.

China

Chinas Reaktion auf die Krise in der Ukraine unterstreicht das außenpolitische Dilemma der Volksrepublik zwischen Unterstützung und Verurteilung der russischen Seite. Die Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew wurden in China äußerst kritisch gesehen. Im Falle öffentlicher Proteste, wie etwa während des arabischen Frühlings oder der Farbrevolutionen, stellt sich die chinesische Führung grundsätzlich auf die Seite der nationalen Regierungen. Mit Blick auf die eigenen »Problemgebiete« Tibet und Xinjiang unterstützt China ein hartes Durchgreifen gegen Protestbewegungen und hätte dies wohl auch bei der Janukowitsch-Regierung akzeptiert.

Die Annexion der Krim durch Russland jedoch verletzte Grundprinzipien chinesischer Außenpolitik. Daher betonte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine müssten auch im Falle der Krim von allen Seiten respektiert werden. Das Referendum über die Zugehörigkeit der Halbinsel liefert dagegen einen Musterfall, der für die Volksrepublik nicht akzeptabel ist. Peking kann es nicht hinnehmen, dass womöglich eines Tages Taiwaner, Tibeter und Uighuren über ihre (nationale) Zugehörigkeit abstimmen. Dennoch vermied es die chinesische Führung, Russlands Vorgehen offen zu kritisieren, und äußerte sich eher vage.

Chinas Enthaltung bei der Abstimmung in der Generalversammlung der VN am 16. März 2014 ist jedoch nicht als Abkehr von Russland und Hinwendung zum Westen zu verstehen. Vielmehr konnte die chinesische Führung ihre eigene Position zwischen beiden Seiten hervorheben. Zwar wird Russlands Verhalten offiziell nicht unterstützt. Doch die Beziehungen zu Russland sind für China so wichtig, dass es Putins Vorstoß duldete, um das bilaterale Verhältnis nicht zu beschädigen. Mitte Mai wird Putin an der Conference on Interaction and Confidence Building Measures in Asia (CICA) in Shanghai teilnehmen. Es wird auch erwartet, dass während Putins Reise beide Seiten das seit Jahren in der Schwebe hängende Abkommen über russische Gaslieferungen nach China endgültig unter Dach und Fach bringen werden. Langfristig könnte China so bis zu 30 Prozent seines Energiebedarfs aus Russland decken. Gleichzeitig würde dies Russlands Absicht untermauern, die Gasverkäufe nach Asien von sechs Prozent (2013) auf insgesamt 30 Prozent (2035) zu erhöhen. Davon würde die Volksrepublik erheblich profitieren, vor allem im Vergleich zu anderen asiatischen Staaten.

Indien

Für Indien ist die Ukraine nach Russland der bedeutendste Handelspartner aus dem Kreise postsowjetischer Staaten. Bei Präsident Viktor Janukowitschs Besuch in Indien im Dezember 2012 wurden die wirtschaftlichen Beziehungen durch eine Reihe von Verträgen ausgebaut. Wichtig für Indien ist in erster Linie die Zusammenarbeit mit Rüstungsbetrieben im Osten der Ukraine. Als die Krise ausbrach, befanden sich rund 5000 indische Staatsbürger in der Ukraine, darunter 4000 Studierende.

Offiziell verhielt sich Indien in der Krise neutral. Das indische Außenministerium mahnte in einer Verlautbarung lediglich eine friedliche Konfliktbeilegung in der Ukraine an, gewährleistet durch einen demokratischen Prozess und freie Wahlen. Allerdings fehlte im Unterschied zu China ein Verweis auf die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Bei der Abstimmung in der Generalversammlung der VN enthielt sich Indien wie China und andere Schwellenländer der Stimme.

Diese Neutralität erstaunt bei einem Land wie Indien, das sich immer als Verfechter der Prinzipien Nichteinmischung, nationale Souveränität und territoriale Integrität verstanden hat. Bemerkenswert ist auch, dass Indien das Ergebnis der Abstimmung auf der Krim und die Veränderung des territorialen Status quo widerspruchslos hingenommen hat. Denn erstens gibt es in Indien mehrere separatistische Bewegungen und zweitens sieht sich die Regierung in Neu-Delhi mit Pakistans Forderung konfrontiert, ein Referendum in Kaschmir gemäß den Resolutionen der VN abzuhalten. Dies weist die indische Seite aber strikt zurück.

Mit seiner neutralen Haltung hat Indien faktisch die Position Russlands unterstützt. Die Sympathie für den russischen Standpunkt blitzte in einem Pressegespräch des nationalen Sicherheitsberaters Shivshankar Menon am 6. März auf. Dort sprach er von »legitimen Interessen« Russlands (und anderer Akteure) und rechtfertigte damit indirekt das russische Vorgehen.

Die indische Haltung erklärt sich aus den übergeordneten nationalen Interessen an guten Beziehungen zu Russland. Schon zu Zeiten der Sowjetunion war die Regierung in Moskau als Vetomacht im Sicherheitsrat der VN der wichtigste internationale Verbündete. Zwar haben sich die Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges normalisiert, doch Russland ist weiterhin der wichtigste Rüstungslieferant und einer der bedeutendsten Energieexporteure für Indien. In der indischen Sichtweise spiegeln sich auch die Vorbehalte gegenüber der westlichen Politik der Einmischung im Hinblick auf Libyen und Syrien sowie der Diskussion über Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P).

Japan

Japan hat zwar die russische Annexion der Krim scharf verurteilt. Bei Sanktionen übt es aber bisher die größte Zurückhaltung unter den G7-Ländern und beschränkt sich auf solche diplomatischen Maßnahmen, die die russische Seite nicht allzu hart treffen dürften. So hat Tokio Verhandlungen über ein neues Investitionsabkommen und über die Lockerung von Visabestimmungen ausgesetzt. Ende April verhängte Japan zudem Visabeschränkungen gegen 23 Russen, denen vorgeworfen wird, die Eskalation in der Ukraine vorangetrieben zu haben. Im Gegensatz zu den EU-Mitgliedstaaten und den USA lehnt Japan finanzielle Sanktionen wie das Einfrieren russischer Guthaben ab. Bei seinem Berlin-Besuch am 30. April schloss Premierminister Shinzō Abe weitere Strafmaßnahmen im Einklang mit der G7-Gruppe zwar nicht aus, unterstrich aber die Notwendigkeit, mit Moskau im Dialog zu bleiben. Gleichzeitig bot Tokio der vom Bankrott bedrohten Ukraine finanzielle Hilfen im Umfang von 150 Milliarden Yen (1,06 Milliarden Euro) an.

Die ambivalente Haltung in der Ukraine-Krise zeugt von Japans widerstreitenden Interessen. Einerseits kritisieren japanische Politiker das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands, denn sie befürchten, dass es zum Präzedenzfall für Territorialkonflikte in Ostasien werden könnte. China könne versucht sein, sich das russische Vorgehen zu eigen zu machen und die unter japanischer Verwaltung stehenden Senkaku-Inseln (chinesisch: Diaoyutai) im Ostchinesischen Meer zu besetzen. Besorgt blicken japanische Politiker auch auf das amerikanische Verhalten in der Krise. Obwohl das Budapester Memorandum von 1994 keinen militärischen Beistandspakt der USA gegenüber der Ukraine beinhaltet, argwöhnen japanische Beobachter, Washington könnte trotz

bestehender Bündnisverpflichtung in einer sino-japanischen Krise um die Senkaku-Inseln Japan seine militärische Unterstützung verweigern.

Andererseits möchte Tokio seine in den letzten Monaten merklich verbesserten Beziehungen zu Moskau nicht durch eine harte Linie gefährden. Dahinter steht hauptsächlich Japans Interesse an russischer Energie. Zehn bzw. sieben Prozent japanischer Flüssigerdgas- und Ölimporte stammen aus Russland. Geplant sind zudem eine Reihe von Kooperationen im Energiesektor. Dazu zählt die Errichtung von Flüssiggasfabriken im russischen Fernen Osten. Diese könnten Japans Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Mittleren Osten verringern.

Bis zur Krim-Krise hatte die Abe-Regierung auf einen historischen Durchbruch in den Beziehungen zu Russland gehofft. Fünf Mal innerhalb eines Jahres hatten Abe und Putin sich getroffen und dabei kein Geheimnis aus ihrem engen persönlichen Verhältnis gemacht. Beide beabsichtigten, den Territorialstreit um die vier südlichen Inseln der Kurilen-Kette zu lösen und sieben Jahrzehnte nach Kriegsende nun tatsächlich einen Friedensvertrag zu schließen. In Anbetracht des zunehmend selbstbewussten Chinas wollte die Abe-Regierung auch die sicherheitspolitische Partnerschaft mit Moskau ausbauen. Die Erfüllung dieser Hoffnungen scheint angesichts der Ukraine-Krise nun in weite Ferne gerückt zu sein. Trotzdem wird Japan vermutlich vor einer härteren Gangart gegenüber Russland zurückscheuen, denn das könnte Moskau veranlassen, eine engere Beziehung mit Peking einzugehen.

Ausblick

Die Reaktionen der drei asiatischen Großmächte waren teilweise überraschend, teilweise zu erwarten. So war nicht unbedingt damit zu rechnen, dass China und Indien, die immer wieder Prinzipien wie nationale Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten betonen, die territorialen Veränderungen auf der Krim fast ohne Protest akzeptieren würden. Vorhersehbar war hingegen, dass in allen drei Staaten nationale Interessen die Oberhand über völkerrechtliche Erwägungen gewinnen würden.

Im Gegensatz zu den westlichen Staaten sehen die asiatischen Großmächte das russische Verhalten auf der Krim und in der Ostukraine nicht als Wendepunkt der internationalen Politik. Alle drei Staaten sind in unterschiedlicher Form mit Territorial- oder Minderheitenkonflikten konfrontiert. Diplomatische und militärische Drohgebärden gehören dabei ebenso zum Alltagsgeschäft wie die Auslegung des Völkerrechts im Sinne nationaler Interessen. In Europa hat die Ukraine-Krise unter anderem eine Debatte über steigende Rüstungs- und Verteidigungsausgaben ausgelöst. Dagegen werden sich die asiatischen Großmächte durch die Krise eher darin bestätigt sehen, an ihrer in Europa vereinzelt kritisierten Politik der militärischen Aufrüstung und Modernisierung festzuhalten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen und des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364